

II-5671 der Beiträge zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

2486 IAB

1992 -04- 24

zu 2491 IJ

Wien, am 24. April 1992
GZ: 10.101/75-X/A/5a/92

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2491/J betreffend Attraktivität Österreichs für internationale Institutionen, welche die Abgeordneten Schmidtmeier und Genossen am 27. Februar 1992 an mich richteten, möchte ich einleitend folgendes bemerken:

Ich teile durchaus die Auffassung des Fragestellers, daß die Attraktivität Österreichs - und insbesondere Wiens - als Standort von Unternehmen und Konzernen zur Bearbeitung der mittel- und osteuropäischen Märkte von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Die vielfältigen Standortvorteile, die unser Land anzubieten hat, haben auch bereits zur Niederlassung etlicher ausländischer Firmen geführt. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Entwicklung sollte jedenfalls nicht unterschätzt werden.

~~Republik Österreich~~

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Ich bin jedoch weniger davon überzeugt, daß es für derartige Unternehmensentscheidungen von großer Bedeutung ist, wieviele internationale Organisationen bzw. Institutionen auf Regierungsebene in Österreich angesiedelt sind. Hier spielen wirtschaftsgeographische Erwägungen, die Qualität der Infrastruktur und Kostenüberlegungen wohl eine weit größere Rolle.

Hinsichtlich allfälliger Strategien und Hilfestellungen, um internationale Organisationen und Institutionen nach Österreich zu bringen, muß ich auf die Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten verweisen.

Zu den einzelnen Punkten der Anfrage stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Welche Strategien und Hilfestellungen gibt es in Ihrem Ressort, um internationale Organisationen und Institutionen nach Österreich zu bringen?

Antwort:

Grundsätzlich ist aufgrund der Bestimmungen des Bundesministerien-gesetzes für die Raumversorgung von internationalen Organisationen, Institutionen bzw. Vereinen, das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zuständig.

Mittelbar hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten durch Unterstützung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten bei der zunächst provisorischen und dann definitiven Unterbringung der in Österreich angesiedelten Organisationen der Vereinten Nationen (Atombehörde, UNIDO, etc.) im Vienna International Centre sowie bei der Errichtung der Internationalen Schule mitgewirkt. Auch bei den derzeit laufenden Bestrebungen,

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

die auf internationaler Ebene erst zu gründende Chemiewaffenkontrollbehörde in Wien anzusiedeln und das Vienna International Centre zur Erfüllung weiterer Raumwünsche der Vereinten Nationen zu erweitern, wirkt das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten respektive das Bundesministerium für Finanzen mit.

Einen speziellen Fall der Hilfestellung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten stellte die Übernahme der zu 100 % im Bundeseigentum befindlichen Internationalen Patentedokumentationszentrum Ges.m.b.H. in die Europäische Patentorganisation dar. Aufgrund von Verhandlungen zwischen der Europäischen Patentorganisation und der Republik Österreich, vertreten durch den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und durch den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, hat das Europäische Patentamt die INPADOC übernommen und sich verpflichtet, das gesamte Personal zu übernehmen und eine Dienststelle auf eigene Rechnung in Wien zu errichten. Diese Dienststelle wurde bereits errichtet und der Personalstand bisher von seinerzeit 45 Mitarbeiter auf derzeit ca. 95 Mitarbeiter erhöht. Im Gesamtausmaß wird diese Dienststelle in den nächsten Jahren ca. 200 Mitarbeiter umfassen.

Punkt 2 der Anfrage:

Mit welchen Organisationen bzw. Institutionen werden von Seiten Ihres Ressorts diesbezüglich derzeit konkrete Gespräche geführt?

Antwort:

Im Rahmen der Projektgruppe "Saubere Technologien" der Arbeitsgruppe der Europäischen Integration wurden mit NETT (Network for environmental technology) in Brüssel Gespräche geführt, um eine maximale Einbindung der österreichischen Wirtschaft in dieses Umwelttechnologietransferzentrum zu erreichen. Dies hat dazu

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 4 -

geführt, daß seitens des Generalsekretärs dem Wirtschaftsministerium das Angebot gemacht wurde, ein Subkomitee für Osteuropa im Rahmen des NETT in Österreich zu gründen.

Punkt 3 der Anfrage:

Bei welchen internationalen Organisationen, Institutionen bzw. Vereinen sehen Sie Chancen, deren Sitz nach Österreich bringen zu können?

Antwort:

Im Rahmen der Osthilfe der G-24 wurde eine eigene Task force für die Sanierung des Donauraumes (Danube River Basin Programm) errichtet. Im Rahmen dieses Programmes sollen die Umweltschutzsanierungsaktivitäten für den gesamten Donauraum koordiniert werden. Gleichzeitig ist bei den Donauanrainerstaaten die sogenannte Donaukonvention in Verhandlung.

Bei der ersten Sitzung der Task force "Donauraum", die im Februar 1992 in Brüssel stattgefunden hat, wurde festgehalten, daß innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre ein oder zwei ständige Sekretariate, die die Implementierungsphase des Programmes begleiten und kontrollieren sollen, geschaffen werden.

Ich habe anlässlich des Dreiertreffens der Wirtschaftsminister der BRD, Schweiz und Österreichs gemeinsam mit den Wirtschaftsministern Polens, der Tschecho-Slowakei und Ungarns bereits das Interesse Österreichs an der Errichtung dieser Sekretariatseinheiten bekundet. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat anlässlich der bereits stattgefundenen Verhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene die Errichtung dieser Sekretariate in Österreich unterstützt.

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 5 -

Punkt 4 der Anfrage:

Welche derartigen Institutionen konnten aufgrund konkreter Aktivitäten Ihres Ressorts in dieser Legislaturperiode in Österreich angesiedelt werden?

Antwort:

Wie bereits zu Punkt 2 der Anfrage ausgeführt, konnte das Sekretariat bzw. das Subkomitee für Osteuropa (Subcommittee for Eastern Europe) im Rahmen des "Network for environmental technology transfers" in Wien angesiedelt werden. Sitz des Sekretariates ist die Österreichische Industriellenvereinigung.

